



MACHTÜBERNAHME – MACHTERGREIFUNG

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt und bildete eine Regierung zusammen mit den Deutschnationalen. Der Reichstag wurde aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März angesetzt. Von einem regulären Wahlkampf konnte aber keine Rede mehr sein. Kommunistische Zeitungen und Redner wurden verboten, linke Politiker verfolgt und verhaftet. Die »nicht-nationalen« Parteien wurden massiv in ihrer Arbeit behindert. Trotz des Terrors erhielt die NSDAP zusammen mit den Deutschnationalen nur eine knappe Mehrheit.

In Bayern erreichte die NSDAP 43,1% der Stimmen. Unmittelbar nach den Wahlen ergriffen die Nationalsozialisten die Macht auch in Bayern. Der NS-Reichskommissar Franz Xaver Ritter von Epp übernahm die Regierung in München.



Besetzung des Münchner Gewerkschaftshauses 1933

1933

AUSSCHALTUNG DES POLITISCHEN GEGNERS

Schon am 9. März 1933 stürmte die SA in München die Gewerkschaftshäuser, die Gebäude der SPD und der KPD, die Redaktionen der »Münchner Post« und der »Fränkischen Tagespost«. Am 10. März wurden Reichsbanner, Eiserner Front und Sozialistische Arbeiterjugend verboten, ihre führenden Funktionäre verhaftet und ihr Vermögen beschlagnahmt. Auch andere sozialdemokratische Organisationen wie die Naturfreunde oder die vielen Arbeitersportvereine wurden bald darauf verboten und ihre Mitglieder verfolgt.

Am 20. März ordnete der NS-Innenminister und Gauleiter Adolf Wagner die Absetzung aller Gemeinderäte der SPD, KPD und anderer sozialistischer Parteien an. Am 10. Mai beschlagnahmte die NS-Regierung das Parteivermögen der SPD, am 22. Juni wurde der SPD jegliche Betätigung untersagt. Am 28. Juni ordnete die Bayerische Politische Polizei die Verhaftung sämtlicher sozialdemokratischer Mandatsträger an. Die bürgerlichen Parteien lösten sich in vorausweisendem Gehorsam selbst auf. Die Demokratie war innerhalb weniger Monate beseitigt.



Die Lehrerin Toni Pfülf war während der Revolution von 1918/19 die einzige Frau im Arbeiter- und Soldatenrat Münchens.

Toni Pfülf
1877–1933

Sie vertrat die SPD 1919 in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und gehörte bis 1933 dem Reichstag an. Toni Pfülf engagierte sich vor allem in der Bildungspolitik und Jugendfürsorge, sie setzte sich ein für die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen. Pfülf gehörte zu den entschlossensten Gegnern der stärker werdenden Nationalsozialisten und sprach sich 1933 für den bewaffneten Widerstand gegen das Hitler-Regime aus. Nach der Reichstagswahl im März 1933 wurde sie kurzzeitig inhaftiert. Toni Pfülf nahm sich am 8. Juni 1933 das Leben.

DAS ERMÄCHTIGUNGSGESETZ

Am 23. März 1933 stimmte der Reichstag über das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« ab. Es gab der Regierung die Macht, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat sowie ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen.

Das Parlament entmachtete sich damit selbst. Nur die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten gegen das Ermächtigungsgesetz; die Kommunisten waren zu diesem Zeitpunkt aus dem Parlament bereits ausgeschlossen.



Otto Weis vor dem Reichstag 1933

DAS BAYERISCHE ERMÄCHTIGUNGSGESETZ

Am 29. April 1933 beschloss auch der Bayerische Landtag ein Ermächtigungsgesetz. Nur die 16 SPD-Abgeordneten stimmten dagegen:

Lina Ammon, Erhard Auer, Alfons Bayerer, Franz Böglger, Georg Dewald, Konrad Eberhard, Fritz Endres, Hans Gentner, Karl Giermann, Clemens Högg, Dr. Wilhelm Hoegner, Josef Laumer, Adolf Ludwig, Albert Roßhaupter, Hans Seidel, Josef Strobel



Albert Roßhaupter
1878–1940

Der gelernte Lackierer Albert Roßhaupter engagierte sich neben seiner Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten München in der Gewerkschaft. Ab 1909 war er hauptamtlicher Geschäftsführer des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonalverbandes. Roßhaupter saß 1907–1933 als SPD-Abgeordneter im Bayerischen Landtag, ab 1920 war er Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Als Fraktionsvorsitzender begründete Roßhaupter am 29. April 1933, warum die SPD-Fraktion das bayerische Ermächtigungsgesetz ablehnte. Als Folge seiner mutigen Rede wurde er 1933/1934 für mehrere Monate im KZ Dachau interniert. Nach dem Krieg war Albert Roßhaupter zwei Jahre lang bayerischer Arbeitsminister und vertrat die SPD im Parlamentarischen Rat.

»Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. (...) Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.«

(Aus der Rede von Otto Weis im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz)

Das Schicksal der im März 1933 in den Reichstag gewählten bayerischen SPD-Abgeordneten:

- Friedrich Puchta (Bayreuth) – »Schutzhafte«
- Fritz Seidemann (Schweinfurt) – »Schutzhafte«
- Wilhelm Hoegner (München) – Exil
- Josef Felder (Augsburg) – Exil
- Hans Dilll (Nürnberg) – Exil
- Hans Unterleitner (München) – verhaftet
- Toni Pfülf (München) – Selbstmord